

# Der Maler

Organ des Verbandes der  
Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonntags  
Abonnementpreis 1,50 M pro Quartal  
bei freier Zusendung unter Kreuzband 2 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:  
Hamburg 86, Alter-Terrasse Nr. 10  
Fernsprecher: Nordsee 8246

Volkschekkonto:  
Vermögensverwaltung des Verbandes  
Hamburg 11698

## Mit Selbstvertrauen ins neue Jahr!

Wir nehmen wieder einmal Abschied von einem Jahre. Viele unerfüllte Hoffnungen werden begraben, neue werden aufgerichtet; das ewige, sich seit Jahrtausenden wiederholende Spiel. Denn:

Die Jahre ziehen, das Leben gleitet hin,  
Dem einen golden und dem andern grau;  
Nur wer erfasst des Daseins wahren Sinn,  
Dem lächelt Göttin Glück, die hehre Frau.

So manches wäre noch über das vergangene Jahr zu berichten, doch zusammenfassend ist zu sagen: Es ist ein solches der Mühe und der Arbeit gewesen, aber auch ein Jahr des Kampfes. Und wenn der Kampf der Vater aller Dinge ist, dann können wir mit dem verflochtenen Jahre durchaus zufrieden sein.

Ueber Art und Umfang der gewerkschaftlichen Kämpfe ist in letzter Zeit sehr viel geschrieben worden. Wir würden alte Selbstverständlichkeiten nur wiederholen, wollten wir auf diese Dinge nochmals eingehen. Das Jahr 1928 wird für immer als ein gewerkschaftliches Kampfsjahr ersten Ranges bestehen bleiben. Die Gewerkschaften haben sich glänzend gehalten. Die Unternehmer haben einsehen gelernt, daß sie in der organisierten Arbeiterschaft eine Großmacht vor sich haben, die sie wohl oder übel respektieren müssen. Es ist unser Wunsch beim Scheiden dieses Kampfsjahres, daß dieser lebendige Geist, Menschenrechte zu verteidigen oder zu erringen, auch fürderhin in der deutschen Arbeiterschaft lebendig bleiben möge.

Und wo immer müde Kämpfer  
Sinken im müßigen Strauß,  
Es kommen frische Geschlechter  
Und sechten es ehrlich aus.

An diese Worte Eichendorffs gilt es zu denken, wenn wir unsern Blick dem neuen Jahre zuwenden. Alte Kämpfer treten zur Seite, neue stehen auf und entrollen die Fahne des Mutes und der Zuversicht. So soll es auch im gewerkschaftlichen Leben der kommenden Tage sein.

Die Gewerkschaften haben in den letzten zehn Jahren Außerordentliches geleistet. Sie sind zum Sauerteig der Zeit geworden. Man schlägt kaum eine Zeitung auf, ohne sie wenigstens einmal erwähnt zu finden. Wie wurden diese Massenorganisationen des Proletariats ehemals verachtet und belächelt, und wie ganz anders ist es heute geworden! Heute lacht man nicht mehr, sondern der Kampf gegen die Arbeiterrechte, die zugleich Menschenrechte

sind, wird mit dem Aufwand aller Mittel organisiert. Ein schöner Erfolg, dessen sich die Gewerkschaften rühmen können.

Es gehört nicht viel Prophetengabe dazu, um voraussagen zu können, daß dieser Kampf zwischen Arbeit und Kapital auch im neuen Jahre anhalten wird. Das ist nun einmal nicht zu umgehen, solange nicht jedem Menschen auf dieser Erde dasjenige Maß von Lebensglück, Freude und Wohlstand gegeben wird, auf das er als Kulturmensch Anspruch hat. Im täglichen Leben der Arbeiterschaft sollten wir uns nicht bei Kleinigkeiten und unnützen Nörgeleien aufhalten. Schopenhauer hat einmal ganz richtig gesagt: „Wie kleine Gegenstände, dem Auge nahegehalten, unser Gesichtsfeld beschränkend, die Welt verdecken — so werden oft die Menschen und Dinge unserer nächsten Umgebung wichtige Gedanken und Angelegenheiten verdrängen.“

Anlehnd an das Wort dieses Philosophen sollten auch wir uns stets vor Augen halten, daß wir den Blick auf das Große zu lenken haben. Und die Ziele der Arbeiterbewegung sind doch so unendlich groß! Nur derjenige wird den Kampf und die Mühen desselben durchhalten können, der sich der Größe der Arbeiterbewegung und somit seiner eigenen Aufgaben bewußt ist. Gewiß haben wir uns auch mit kleinlichen Dingen abzumühen, aber über allem steht doch das große Ziel von der Gleichheit alles dessen, das Menschenantlitz trägt. Dieses Ziel gilt es vorzubereiten.

Wenn wir aber in der Geschichte als ein großes Geschlecht genannt werden wollen, so mußte sich jeder Mensch immer die Worte des Dichters Richard Dehmel vor Augen halten:

Nimm dein Schicksal ganz als beines!  
Hinter Sorge, Gram und Grauen  
Wirst du dann ein ungemelnes  
Glück entdecken: Selbstvertrauen.

Das Selbstvertrauen tut der Arbeiterschaft dringend not. Wenn jeder einzelne ein genügendes Maß von Selbstvertrauen sein Eigen nennen würde, und die Mehrzahl der Arbeiter von ihrer eigenen Kraft überzeugt sein würden, dann wäre vieles gewonnen. Aber an der Schwelle eines neuen Jahres sollten wir uns dieser mächtigen Triebfeder alles Handelns entsinnen. Und wenn wir das tun, dann werden wir auch im neuen Jahre alle Schwierigkeiten mit Leichtigkeit überwinden. Und in diesem Sinne unsern Verbandskollegen

**ein frohliches neues Jahr!**

## Gewerkschaftliche Umschau an der Jahreswende.

Die deutsche Arbeiterklasse hat sich im Laufe weniger Jahrzehnte muster-gültige Organisationen geschaffen. Wir sehen die Sozialdemokratische Partei als Vertreterin der Interessen der Werkstätten; wir sehen daneben die große freie Gewerkschaftsbewegung als Förderin und Wahrerin der wirtschaftlichen und sozialen Interessen. Als Vertreterin der Verbraucherinteressen hat sich die Genossenschaftsbewegung als Warenvertreterin und auch als Erzeugerin auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens herausgebildet und bewährt. Daneben versucht die Arbeiterkraft, auf den Nerv der Wirtschaft, nämlich auf das Bankkapital und auf das Versicherungswesen, Einfluß zu gewinnen. Das alles sind Unternehmungen, die sich im Laufe eines Jahrzehntes zu Machtfaktoren ausgewachsen haben, die Staat und Wirtschaft maßgebend beeinflussen. Bei allen diesen Organisationen kommt es darauf an, das Verständnis der breiten Schichten der Werkstätten zu finden.

Schon daraus, daß alle diese Institutionen von seiten des Juwelier-, Handels-, Bank- und Börsenkapitals bekämpft und behindert werden, mußte das schaffende Volk erkennen, über welche Macht es verfügen könnte, wenn es geschlossen zu diesen Organisationen stände.

Wie innerlich gesund alle die Organisationen der Arbeiter sind, beweist, daß kein Verbot, keine Polizeischikanen sie in den Vorkriegszeiten jemals erschüttern konnten. Wohl wurden wir gehemmt durch das zwölfjährige Ausmaßgesetz; wohl wurden wir in der Entwicklung durch den langen Krieg und die dann folgende Geldentwertung mit der sich auf die Geister auswirkenden Verzweiflung vor manche Aufgabe gestellt, die Zeit und Mühe kostete, sie zu überwinden.

Je mehr Hemmungen sich uns entgegenstellten, um so fester und zuversichtlicher wurde der Kampf vor allem von seiten der Gewerkschaften geführt. Die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Arbeiterschaft ist das dringendste Gebiet der freien Gewerkschaftsbewegung.

Karl Legien hat die Stärkung des Selbstbewußtseins der Arbeiterschaft auf dem Dresdener Gewerkschaftskongress 1911 wie folgt formuliert:

„Aus stumpfsinnigen Arbeitstieren, die sich von den Unternehmern alles bieten ließen, hat die Gewerkschaftsbewegung in wenigen Jahrzehnten eine klassenbewußte Arbeiterkraft gemacht.“

Wer erlernet sich nicht der Kämpfe um die Verkürzung der Arbeitszeit? Wer weiß nicht, wie manche Woche, ja Monate gekämpft werden mußte, um einige Pfennige mehr Lohn herauszuholen? Wie lange dauerte es, bis die Unternehmer sich herbeiliessen, mit den Gewerkschaftsvertretern zu verhandeln? Dann erst kam es zu Tarifverträgen. Der Kampf um die Taktik entbrannte in unsern eigenen Reihen. Die Entwicklung war aber stärker als der Widerstand einzelner Geister. Wir kamen von den Betriebs- zu den Ortsstarfen; dann wurden die bezirklichen Regelungen versucht, bis die Entwicklung bei dem Reichstarif landete.

Nun gab es Kampfpausen, die verwandt werden konnten, die Organisationen auszubauen. In den Zwischenpausen wurden die Vorbereitungen für den Abschluß neuer verbesserter Bedingungen getroffen. Dazu mußten die Organisationen gestärkt werden. Neue Mitglieder kamen hinzu, die noch nicht verstehen konnten, daß die Verhältnisse nun nicht schneller gebessert werden konnten. Sie

begriffen nur langsam, daß der Boden der Wirtschaftskämpfe ein heilumstrittener Platz ist, auf dem zwei Rivalen streiten. Jäh und unerbittlich forderte das Unternehmertum immer wieder die unumschränkte Herrschaft über die Arbeitskraft, die Arbeitszeit und den Arbeitslohn. Stets wiederkehrende Kämpfe spielten sich nach Ablauf eines Tarifabkommens ab.

Unsere Widerstände, dem Unternehmertum das Recht auf Alleinherrschaft zu lassen, wurden ebenfalls gestelzt. Das veranlaßte auch den Staat, seine Organe zur Sicherheit des Privatbesitzes gegen uns aufzubieten.

Es ist noch nicht lange her, da gab es in unsern Gewerkschaftsversammlungen noch polizeiliche Überwachung. Bis zum Beginn des Krieges gab es kaum einen Lohnkampf, in dem es nicht Polizei- und Gefängnisstrafen regnete. Selbst in der Kriegszeit ruhten die Kämpfe nicht ganz.

Als dann im Jahre 1918 der Zusammenbruch erfolgte, als die Machthaber des Obrighkeitsstaates kopflos entflohen, waren es wiederum die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter, die kühlen Kopf und klare Vernunft behielten. Leider war die deutsche Wirtschaft soweit herunter, daß an eine geregelte Produktion nicht zu denken war. Damals erhielten wir den Achtstundentag und eine Anzahl Verordnungen zur Sicherung der Arbeiter gegen Entlassung.

Wir sehen sodann im Laufe der Jahre, daß viele Arbeiter an der gewerkschaftlichen Organisation verzweifeln, weil gewissenlose Agitatoren die parteipolitische Verwirrung in die Gewerkschaftskreise hineintrugen. Überall dort, wo die Gewerkschaften intakt blieben, wurden die tariflichen Bedingungen wieder erneuert. Dort, wo sich radikal gebärdende Arbeiter in Verkennung der tatsächlichen Machtverhältnisse hinreißen ließen, ihre Or-

ganisationen zu zerstören, war es sehr schwer, die 1918 gewonnenen Positionen zu halten oder auszubauen.

Gesund, wie die Arbeiterbewegung in ihrer Gesamtheit ist, hat der Streit um die Taktik nicht vermocht, den Willen zur Mitbestimmung im Wirtschaftsleben, vor allem in Arbeiterfragen, zu erschüttern. Auch der Staat war gezwungen, sich der Arbeiterschaft gegenüber umzustellen. Alle Forderungen auf Einrichtung von Arbeiterkammern wurden verwirklicht. Heute haben wir Arbeitsgerichte. Jahrzehntelange Forderungen in Fragen der Regelung der Betriebsvertretungen wurden im Betriebsrätegesetz niedergelegt. Die Frage der Arbeitsvermittlung wurde durch Errichtung von Reichsarbeitsämtern gelöst. Dann ein sehr wichtiges Gesetz, die Versicherung der aus dem Erwerbsleben gestohlenen Arbeiter. Dann wurden Gesetze zur Verbesserung der Sozialversicherungen erlassen.

Den Gewerkschaften sind durch die neuen Gesetze große Aufgaben zugefallen. An uns liegt es, auf dem einmal beschrittenen Wege zu verharren. Uns fehlt noch manches, was das Recht der Arbeiter festigt. Vor allem muß das Tarifrecht zu einer Tarifpflicht werden. Doch diese sind Fragen, die in dem noch zu schaffenden Gesetzbuch des Arbeitsrechts geregelt werden können.

Auch im neuen Jahre werden die Gewerkschaften noch sehr viele Aufgaben zu lösen haben; noch mancher Kampf muß geführt werden, um zum Beispiel die Mitbestimmung in der Lehrlingsfrage durchzusetzen. Seit Jahren geht es um die Schaffung eines Berufsausbildungsgesetzes. Im Schlichtungswesen macht sich der Widerstand des Unternehmertums am deutlichsten bemerkbar. Den Beweis lieferte der große Kampf in der Eisenindustrie des Bezirks Nordwest. An dieser Aktion der Unternehmer können wir erkennen, wie ernst es ihnen um die Behinderung durchgreifender Verbesserungen der Arbeiterlage ist. Sie erkennen da in ihrem Widerstand selbst Gesetz und Recht nicht mehr für sich als bindend an, weil sie etwas von ihrem Profit abgeben müßten. Selbst die Gefahr, Absatzgebiete an die verhasste Konkurrenz zu verlieren, konnte sie von dem wahnwitzigen Plan der Stilllegung eines wirtschaftlich bedeutungsvollen Gebietes nicht abbringen.

Hier kommt der Wille zum Ausdruck, Alleinherrscher zu bleiben. Weder Staat noch Gewerkschaften sollen hineinreden, wenn es sich um die Löhne der Arbeiter handelt. Wenn man dann lesen muß, wie eine Presse, die vorgibt, Arbeiterinteressen zu vertreten, höhnt über die Versuche, Verhandlungen zu pflegen zur Beseitigung der Differenzen, wenn sie jetzt über den Verrat, den die Gewerkschaften begangen haben, dann steigt einem die Schamröte in das Gesicht über solche „Arbeitervertreter“. Wer wollte in so kritischen Verhältnissen einen Generalstreik in

Szene legen? Das wären Lohnhäufstücken, aber keine Handlungen, deren sich ein Gewerkschaftsführer schuldig machen kann.

Die Aussperrung im wichtigsten Wirtschaftsgebiet Deutschlands ist nicht nur der Versuch, die Gewerkschaften lahmzulegen oder gegen die Staatsordnung zu demonstrieren, sondern bedeutet im jetzigen Augenblick, in dem die Wirtschaft sich langsam von den üblen Folgeerscheinungen des Krieges zu erholen scheint, ein Verbrechen am Volk. Gegen diesen Verbrecherstreik einen Generalstreik über das gesamte Deutschland auszurufen, bedeutete einen Bankrott an gewerkschaftlicher Initiative in unsern eigenen Belangen, und auch das Eingeständnis, als Interessenvertretung gegenüber dem Staat ausgeschaltet zu sein.

Wenn dann die bürgerliche Presse hämisch schreibt, es seien nur 30% der im Kampfgebiet beschäftigten Arbeiter gewerkschaftlich organisiert, so daß die Gewerkschaften im Namen einer Minderheit ihre Forderungen erhoben haben, und dann schlussfolgert, die Gewerkschaften seien großwahnsinnig, dann kann man ermaßen, daß diese Presse mit der APD-Presse gemeinsam den Kampf gegen die Gewerkschaften führt. Das Unternehmertum wollte mit der schon lange vorbereiteten Aussperrung erreichen, die Arbeiter von den Gewerkschaften zu trennen. Ist dieses Ziel erreicht, dann kann der Lohnabbau und die Verlängerung der Arbeitszeit nach dem Wunsch aller Unternehmer beginnen. Der Arbeiter soll Knecht bleiben, er soll in den Niederungen des Lebens vegetieren, ohne Anspruch an den Errungenschaften der Technik und der Kultur zu haben.

Diese Erkenntnis über das Wesen des Unternehmertums ist in weite Kreise der Arbeiterschaft gedrungen. Darum das Bestreben in unsern Kreisen, den Gedanken des freien Menschentums in alle Herzen und Gehirne zu pflanzen. Nur starke gewerkschaftliche Organisationen, die ihren Einfluß auch dem Staat gegenüber geltend machen, können solche Anschläge, wie die Aussperrungen in der Großindustrie erfolgreich abschlagen. Die mustergültig ausgebauten gewerkschaftlichen Organisationen sind ein festes Bollwerk gegen alle bisherigen Anschläge auf die freiheitlichen Bestrebungen der Arbeiter gewesen. Sie bleiben es, solange die Arbeiter nicht an sich selbst verzweifeln.

Mehr als bisher muß in alle uns noch fernstehenden Kollegen der Gedanke dringen: Wir wollen uns befreien aus wirtschaftlicher, politischer und geistiger Abhängigkeit. Darum heißt auch im kommenden Jahre die Parole: Fester die Reihen geschlossen gegen Willkür und Tyrannet. Keine Mühe scheut, zum Träumen ist keine Zeit.

hebliche Schwankungen auf. Am ungünstigsten steht die Rheinisch-Westfälische BVB mit 0,72 auf 1000 Versicherte da, auch die Thüringische BVB und die Tiefbau-BVB stehen erheblich über dem Durchschnitt. Die Bayerische BVB, die voriges Jahr auch hier das ungünstigste Ergebnis aufzuweisen hatte, ist in diesem Jahre noch unter dem Durchschnitt geblieben.

Die Entschädigung von Berufskrankheiten ist im Baugewerbe gegenwärtig von ganz geringer Bedeutung. Von insgesamt 450 angemeldeten Fällen gewerblicher Erkrankung wurden nur 19 als entschädigungspflichtig anerkannt. Im Jahre 1928 wurden bei 431 Meldungen sogar nur acht Fälle entschädigt. Als entschädigungspflichtige Berufskrankheiten im Baugewerbe kommen zur Zeit nur in Betracht Schädigungen, die durch den Umgang mit Blei oder bleihaltigen Farben hervorgerufen wurden. Der Reichsarbeitsminister beabsichtigt, die Liste der entschädigungspflichtigen Berufskrankheiten zu erweitern.

Die Revisionen der Bauten durch die technischen Aufsichtsberechtigten der Berufsgenossenschaften sind nach wie vor sehr spärlich. Einigen Revisionsbeamten stehen zwar neuerdings Kleinautos zur Verfügung, damit sie entlegene Baustellen rascher erreichen können. Aber damit wird im großen und ganzen nicht viel gebessert. Nach der vorläufigen Uebersicht des Reichsversicherungsamtes haben die technischen Aufsichtsberechtigten der Berufsgenossenschaften des Baugewerbes im Jahre 1927 insgesamt 184 700 Besichtigungen vorgenommen. Im Vorjahre bestanden aber rund 170 000 Baubetriebe, durchschnittlich dürfte wohl jeder Baubetrieb im Laufe des Jahres mindestens fünf Baustellen aufzuweisen gehabt haben. Es standen mithin rund 900 000 Baustellen nur der reichlich fünfte Teil, nämlich 184 700 Revisionen gegenüber. Rein technischer betrachtet, ist also nur jede fünfte Baustelle einmal jährlich einer Revision durch die technischen Aufsichtsberechtigten der Berufsgenossenschaften unterzogen worden. Bei der Eigenart des Baubetriebes mit seinen sich ständig verändernden Arbeitsplätzen und seinen vielseitigen Gefahren ist das ein durchaus unzureichendes Ergebnis. Es muß die Frage aufgeworfen werden, was bei einem solchen Art von Revisionen für die Sicherheit der Bauarbeiter herauskommt. Ganz besonders ungünstig liegen die Verhältnisse in den ländlichen Gebieten, weil sie weit schwerer zu erreichen sind und weil außerdem dort die Kontrolle der Bauten durch die behördlichen Organe ebenfalls viel zu wünschen übrig läßt.

Der Rückgang der Unfallziffer im Jahre 1927, der hoffentlich nicht einer erneuten Steigerung in diesem Jahre weichen muß, darf aber die ungenügende Ueberwachung der Bauten nicht hinwegtäuschen. Es ist vor allem notwendig, die technischen Aufsichtsberechtigten von allen Nebenarbeiten wie Lohnbuchprüfungen und Schadenabschätzung bei der Haftpflicht-Versicherungsanstalt - eine Angelegenheit, die mit den Aufgaben der Berufsgenossenschaften als Träger der Unfallversicherung absolut nichts zu tun hat - frei zu machen. Sie dürfen ihrer eigentlichen Aufgabe, Ueberwachung der Betriebe zur Feststellung und Förderung der Betriebssicherheit, in keiner Weise entzogen werden. Aber auch dann muß noch eine wesentliche Vermehrung des Aufsichtspersonals vorgenommen werden. Vielleicht entschließen sich die Baugewerksberufsgenossenschaften, auch erfahrene Bauarbeiter als technische Aufsichtsberechtigte einzustellen. Wir möchten an dieser Stelle den Berufsgenossenschaften die Bestimmung des § 875 der Reichsversicherungsordnung, wonach „als solche Beamte auch Personen angestellt werden können, die früher den versicherten Betrieben als Arbeiter angehört haben“, noch besonders in Erinnerung bringen.

In einigen Berichten der Baugewerks-Berufsgenossenschaften und auch im Geschäftsbericht des Verbandes der Deutschen Baugewerks-Berufsgenossenschaften wird auf den Rückgang der entschädigten Unfälle besonders hingewiesen und dies als Erfolg der berufsgenossenschaftlichen Unfallverbütung gebucht. Sofern dieser Rückgang von Dauer ist, wird er auch von uns anerkannt werden. Wohlkommen falsch ist jedoch die Behauptung des Verbandes der Baugewerks-Berufsgenossenschaften, daß die Gewerkschaften mit ihren wiederholten Hinweisen auf das Ansteigen der Unfallziffer im Baugewerbe politische Absichten verfolgen. Mit dieser geheimnisvollen Andeutung ist wohl die von uns von jeher geforderte Gleichberechtigung der Versicherten in den Berufsgenossenschaften gemeint. Eine Forderung, die übrigens ihre Stütze im Artikel 181 der Reichsverfassung findet. Warum geht man nicht gleich ein Stück weiter und folgert, die Gewerkschaften hätten die Parole zur Steigerung der Unfälle ausgegeben, um derartige „politische Ziele“ zu erreichen. Auf die Steigerung der Unfälle in den letzten Jahren haben nicht nur die Gewerkschaften, sondern auch das Reichsversicherungsamt hingewiesen. Es wäre interessant zu erfahren, ob auch das Reichsversicherungsamt mit seiner Feststellung politische Absichten verfolgt?

Eine Zunahme der Unfälle kann nicht bestritten werden. Auch die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten weisen darauf hin. Die starke und noch anhaltende Steigerung der gemeldeten Unfälle kann nicht mit dem Hinweis abgetan werden, daß es sich hier meist nur um kleine und belanglose Verletzungen handelt, aus denen man auf den Stand der Betriebssicherheit keinerlei ungünstige Schlüsse ziehen kann. Wir sind anderer Meinung. Die Unfallanzeigen und ihr sprunghaftes Wachsen sind für uns Signale und Warnungszahlen, die zeigen, daß Mängel und Gefahrenquellen im Betriebe vorhanden sind. Deshalb haben wir immer darauf hingewiesen und gefordert, daß man auch diesen kleinen Unfällen die nötige Aufmerksamkeit widmet, ihren Ursachen nachgeht und durch geeignete Maßnahmen eine Wiederholung unterbindet, um somit Schlimmeres zu verhüten. Verhütung von Unfällen, Erhaltung von Gesundheit und Arbeitskraft, das ist das Ziel, - man kann es auch „politische Absichten“ nennen - was die Gewerkschaften verfolgen. Wir könnten dabei wohl die Unterstützung aller interessierten Kreise erwarten. Oder sind die Berufsgenossenschaften anderer Meinung?

## Die Opfer der Bauarbeit im Jahre 1927.

Die Kollegen, die unsere Meldungen im „Maler“ über Berufsunfälle verfolgen, ersehen daraus mit aller Deutlichkeit, wie groß die Verluste an Leben und Gesundheit schon in unserem Gewerbe sind.

Die Jahresberichte der 12 Baugewerks-Berufsgenossenschaften und der Tiefbau-Berufsgenossenschaft geben einen Einblick über die großen Opfer, die die deutschen Bau-

arbeiter im Jahre 1927 auf dem Schlachtfeld der Arbeit brachten. In der nachstehenden Zusammenstellung sind die wichtigsten Aufgaben zur Beurteilung der Verhältnisse im Unfallschutz der einzelnen Berufsgenossenschaften des Baugewerbes enthalten. Zum besseren Vergleich sind die entsprechenden Zahlen des Jahres 1926 daneben gestellt worden.

Berufsgenossenschaften	Betriebe		Versicherte Personen		Gemeldete Unfälle				Entschädigte Unfälle				Tödliche Unfälle				Berufsstranzenzeiten	
	1926	1927	1926	1927	insgesamt		auf 1000 Bert.		insgesamt		auf 1000 Bert.		insgesamt		auf 1000 Bert.		gemeldet	entschäd.
	1926	1927	1926	1927	1926	1927	1926	1927	1926	1927	1926	1927	1926	1927	1926	1927	1926	1927
Hamburgische	17 504	16 941	71 034	88 389	5 161	7 016	72,70	75,13	425	276	5,98	2,95	32	35	0,45	0,37	15	16
Norddeutsche	22 980	23 854	210 090	249 565	15 820	20 865	72,01	85,60	951	1 118	4,72	4,48	74	125	0,35	0,50	82	93
Rheinisch-Westfälische	7 109	7 228	73 616	98 791	5 821	9 201	81,42	90,41	623	743	8,98	7,02	45	36	0,65	0,38	22	25
Sächsisch-Bayerische	17 551	18 484	106 964	123 108	6 333	9 217	59,21	69,20	441	536	4,12	4,05	41	49	0,38	0,37	38	32
Schlesisch-Pommersche	6 779	7 045	102 838	125 952	4 616	6 117	44,89	48,56	461	551	4,48	4,37	28	33	0,27	0,36	24	32
Thüringische	13 949	13 981	130 248	159 202	9 068	13 819	66,62	86,80	826	959	6,34	6,02	50	61	0,38	0,38	81	87
Wendische	6 003	6 021	38 500	47 375	1 880	3 158	50,59	66,08	244	287	6,08	6,06	19	20	0,52	0,68	7	8
Schlesisch-Braunische	14 664	14 988	86 276	107 552	5 774	7 929	66,93	73,72	468	440	5,42	4,09	22	30	0,25	0,46	46	28
Rheinisch-Westfälische	32 518	32 509	185 428	232 526	15 201	23 568	81,95	93,33	1 323	1 611	7,13	6,38	128	183	0,69	0,72	58	88
Sächsisch-Bayerische	8 156	8 156	97 569	123 513	1 862	2 754	19,20	20,80	322	413	3,40	3,10	23	20	0,23	0,22	11	5
Wendische	15 138	15 919	78 135	122 202	14 389	14 473	184,20	109,50	855	915	12,20	6,96	61	59	0,78	0,44	87	23
Sächsisch-Bayerische	9 758	9 250	50 398	58 986	3 259	4 123	65,30	69,50	357	428	7,20	7,30	27	29	0,56	0,55	17	19
Tiefbau	4 258	4 542	342 619	401 013	30 010	40 137	87,59	100,00	2 442	2 684	7,13	6,69	214	227	0,67	0,57	14	3

174 935 179 121 | 1573 779 | 1992 284 | 119 063 | 162 377 | 75,70 | 81,50 | 9 837 | 10 962 | 6,30, 5,50 | 764 | 948 | 0,49 | 0,48 | 431 | 450 | 8 | 19

Im Jahre 1927 sind 4000 neue Betriebe hinzugekommen. Einrücklich dieser sind seit 1924 rund 20 000 Baubetriebe neu entstanden. (1924 waren es 159 907 und 1927 179 121.) Da es sich dabei überwiegend wohl um kleine Betriebe handeln dürfte, bedeutet die Zunahme der Baubetriebe keinen Gewinn für die Unfallverbütung. Die Zahl der durchschnittlich versicherten Bauarbeiter betrug 1927 fast 2 Millionen. Innerhalb Jahresfrist ist eine Zunahme von über 400 000, seit 1924 sogar um fast 1/2 Millionen eingetreten. Die steigende Tendenz der Unfallmeldungen der letzten Jahre hat auch im verfloffenen Jahre eingeholt. Ueber 40 000 Unfallmeldungen gingen mehr ein als im Jahr vorher. Auf 1000 Versicherte wurden 1926 75,7 Unfallanzeigen erstattet, 1927 dagegen bereits 81,5. Die höchste, weit über den Durchschnitt liegende Unfallziffer hat die Bayerische Baugewerks-Berufsgenossenschaft mit 109,5 Unfallanzeigen auf 1000 Versicherte. Trotz dieser hohen Ziffer ist bei dieser Berufsgenossenschaft noch ein erheblicher Rückgang der gemeldeten Unfälle gegenüber dem Vorjahre (1926) eingetreten. Ein erhebliches Ansteigen der Unfallmeldungen ist auch bei der Tiefbau-Berufsgenossenschaft (von 87,59 auf 100,00) und der

Schlesisch-Pommerschen Baugewerks-Berufsgenossenschaft (von 81,42 auf 96,41) festzustellen. Bei den erstmalig entschädigten Unfällen macht sich eine rückläufige Bewegung bemerkbar. Mit einer Unfallziffer von 55 auf 1000 Versicherte hält sich das Jahr 1927 auf dem Stand des Jahres 1925, während 1926 die Unfallziffer 6,3 betrug. Ein besonderes günstiges Ergebnis kann auch hier die Bayerische BVB buchen, deren enorm hohe Unfallziffer von 122 im Jahre 1926 auf 6,98 gesunken ist. Eine starke Senkung ist auch bei der Hamburgischen BVB eingetreten. Dort ist eine Verminderung von 5,98 auf 2,95 eingetreten. Diese BVB hat also nur eine halb so hohe Ziffer an erstmalig entschädigten Unfällen als im Vorjahre. Nach wie vor hoch und weit über den Durchschnitt liegen die Unfallziffern der Schlesisch-Pommerschen BVB mit 7,02 und der Südwestlichen BVB mit 6,98. Auch bei den tödlich verlaufenen Unfällen ist eine kleine Senkung eingetreten. Allerdings verloren noch 948 Bauarbeiter durch Unfall im verfloffenen Jahre ihr Leben. Auf je 2000 Bauarbeiter entfällt somit immer ein tödlicher Unfall. Die Verhältniszahlen über tödliche Unfälle bei den einzelnen Berufsgenossenschaften weisen er-

**Wartet die geleierten „Maler“ nicht fort! Gebt sie den Unorganisierten!**

### Zohnerhöhung und Arbeitslosigkeit.

Von Professor E. Lederer, Heidelberg.

Die einfachen Formeln der Theorie enthalten selten eine praktische Lösung für die verwickelten Probleme, die der Alltag aufwirft. Lohnentwicklung und Arbeitslosigkeit in England bieten für diesen allgemeinen Satz eine eindrucksvolle Illustration.

Theoretisch liegt in der Tat nichts näher (und Professor Cassel hat sich ja in den letzten Jahren wiederholt in seinen Aufsätzen bemüht, diese einfache, allzu einfache und darum falsche Wahrheit zu verkünden), als die Höhe der Arbeitslosigkeit immer unmittelbar und von der Höhe des Lohnes her zu leiten. Es sei eben wie bei andern Waren: sind diese auf dem Markte, so müsse der Preis herabgesetzt werden, um ihren Absatz zu ermöglichen. Lohnsenkung bedinge Preisabbau, Preisabbau fördere den Absatz und gestalte so die Aufsaugung der Arbeitslosen.

Theorie und Praxis dieses Problems sehen aber doch etwas anders aus — und zufällig bietet eine der letzten Nummern des „Deutschen Volkswirt“ in bequemster Weise das Anschauungsmaterial für diese Behauptung dar.

Zunächst wird (auf Seite 187) mitgeteilt, daß zwar in England seit 1920 ein Abbau des Lohnniveaus stattgefunden habe. Dieses stand 1921 100 bis 105 % über dem Vorkriegsstand; dann sanken die Preise und die Löhne, und zwar so, daß 1922 das Lohnniveau auf 75 bis 80 % über dem Vorkriegsstand angelangt war bei einer Steigerung der Lebenskosten um 66 %. In Betracht der Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit also immerhin eine erhebliche Steigerung der Vergütung für die Arbeitsleistung. Aber, dahin muß man wohl die Auffassungen im „Deutschen Volkswirt“ verstehen, dieser Lohnabbau hat keineswegs zum „volkswirtschaftlich richtigen“ Lohn geführt. Denn immer noch ist die Arbeitslosigkeit dauernd auf etwa 1 Million stehen geblieben und die Kurzarbeit wächst. Dadurch wird der Reallohn der gesamten englischen Arbeiterschaft vielleicht sogar unter das Reallohniveau von 1913 herabgedrückt. Und diese Arbeitslosigkeit wird nun — in Anlehnung an ein Zitat Schumpeters — mit der Höhe des Lohnniveaus in Zusammenhang gebracht. Anders ausgedrückt: Man müßte die Löhne der englischen Arbeiter herabsetzen, aber wie es in dem Artikel heißt: „Die Lohnstatistik des Arbeitsamts bietet eine Illustration für diesen Zusammenhang, die aber, soweit wir sehen, vor der englischen Öffentlichkeit noch kaum in dem Sinne einer Reaktion der bisherigen Gewerkschaftspolitik gedeutet wird.“ — Hat der Theoretiker recht oder die englische Öffentlichkeit?

Die Antwort darauf geht geradezu schlagend aus einem Artikel hervor, der ein hoher Beamter im britischen Arbeitsministerium in derselben Nummer des „Deutschen Volkswirt“ veröffentlicht und in dem die ganze „Theorie“ des zu hohen Lohnniveaus in nichts aufgelöst wird. Zunächst eine kurze Vorbemerkung: Wenn ein Zusammenhang zwischen Lohnniveau und Arbeitslosigkeit behauptet wird, so kann eigentlich das Lohnniveau der Arbeiterschaft im allgemeinen damit nicht gemeint sein. Es hätte zum Beispiel gar keinen Einfluß auf die Arbeitslosigkeit, wenn die Löhne der hochqualifizierten gelerntsten Arbeiter im Autoanbau, an denen ein großer Mangel herrscht, herabgesetzt würden. Im Gegenteil, je höher diese Löhne sind, um so größer ist der Anreiz, sich diesem Berufe zu widmen, um so mehr Jugendliche, die sich sonst an andern Berufen zugewendet hätten, werden diesem Zweige zuströmen, und dadurch die Arbeitslosigkeit vermindern. Ein jedes Operieren mit dem Lohnniveau als Ganzem ist also falsch, wenn die Arbeitslosigkeit nicht eine allgemeine ist, sich über das Gebiet der ganzen Volkswirtschaft erstreckt. Das ist aber in der Tat in England der Fall. Und damit kommen wir zum Gegenstand des erwähnten Artikels, der sich mit dem Bericht des Industrial Transference Board (Arbeitsumstellungsamts) beschäftigt, den wir der Einfachheit halber nach den Ausführungen des „Deutschen Volkswirt“ zitieren. Da zeigt sich sofort, daß vier Industrien hauptsächlich unter der Arbeitslosigkeit leiden, nämlich Eisen, Schiffbau, Baumwolle und Kohle. Weshalb gerade diese Industrien? Die Gründe liegen beinahe klar auf der Hand: Die Eisen- und Stahlindustrie hat, trotz großer Erzeugung, infolge der Rationalisierungsmaßnahmen einen geringeren Arbeiterbedarf. (Auch in Deutschland ist nach der großen Aufblähung in den Kriegsjahren die Senkung der Arbeitslosigkeit in der Eisenindustrie ein schweres Problem, zumal nach den Produktionsvergrößerungen in Rheinland-Westfalen, wie sie in der Inflationszeit erfolgte.) Im Schiffbau hatte die Uebererzeugung der Kriegsjahre und der geringere Umfang des Weltverkehrs die Produktionsziffer naturgemäß ungünstig beeinflusst. In der Baumwollindustrie war in den größeren Garnen die Konkurrenz des fernen Ostens fühlbar geworden (eine Erscheinung, die sich auch in Deutschland zeigte). Endlich: der Kohlenbergbau war wohl die einzige Industrie, deren Absatz nicht nur relativ (mit Rücksicht auf die rationellere Erzeugung), sondern absolut zurückgegangen war, weil sich die Produktionsfähigkeit der französischen und polnischen Gruben gesteigert hatte, weil auch die Produktion in Deutschland durch Ausweitung des Braunkohlenbergbaus gestiegen war, und weil die Konkurrenz von Öl und Elektrizität, endlich die rationellere Verwertung der Kohle selbst, den Absatz sinken ließ. Nimmt man hinzu, was durch die letzte Enquête im Kohlenbergbau doch zweifellos festgestellt wurde, daß die wichtigsten, größten Reduzierungen ihre Produktionsmethoden verbesserten und größere Mengen Kohle billiger auf den Markt werfen können, nimmt man endlich die verschärfte Konkurrenz auf dem europäischen Kontinent hinzu (die Verschärfung der Konkurrenz eine Folge der Exportprämien), so begreift man, daß ganze Bezirke gerade des ältesten Kohlenbergbaus heute nicht mehr konkurrenzfähig sind, daß ihre Produktion eingestellt werden mußte und daß ihre Bevölkerung zum größten Teil in andere Industrien und das heißt auch: in andere Gegenden umgesiedelt werden muß. Eine schwere Aufgabe, die aber von der englischen Regierung durch Umschulungs-Einrichtungen und systematische Erleichterungen der Umsiedlung angepackt wird.

Würde eine Lohnsenkung nützen? Offenbar kam eine Lohnsenkung doch in diesen Industrien wirtschaftlich in

Frage. Wenn der Lohn des Bergarbeiters sinken würde, so hieße das, daß sich die Industrie an ungünstige Vorkommen, an unrationelle Produktionsstätten festklammern würde. Diese Produktionsstätten würden dann wieder „lebensfähig“ werden, weil die Arbeiter in einem geringeren Lohn in die Herabdrückung ihrer Lebenshaltung einwilligen würden. Volkswirtschaftlich wäre das sicherlich falsch; die Arbeiter würden daran gehindert werden, ihre Kräfte an den geeigneten Stellen des Produktionsprozesses einzusetzen — sie würden handeln, wie die Szwerghandwerker, die in Schmutz, Elend und Hunger einen Kampf mit der Maschine führen. Die englischen Arbeiter, die sich der Lohnsenkung widersetzen, handeln richtiger, weil sie den beschleunigten Umbau der Produktion dadurch erzwingen werden.

Noch eine andere Wirkung könnten sinkende Löhne im Kohlenbergbau haben; die Kohlenpreise könnten gleichfalls sinken, der Verbrauch könnte angeregt werden. Auch das wäre nicht unbedingt vorteilhaft, sondern eine Hemmung im Vorgang der Rationalisierung des Stoffverbrauchs, die im Interesse der kommenden Generationen notwendig und für die Gesamtwirtschaft vorteilhaft ist.

Wir können daraus den Schluß ziehen, daß jeder Fall von Arbeitslosigkeit individuell untersucht werden muß. Jedenfalls ist eine Senkung des Lohnniveaus in der ganzen Volkswirtschaft kein taugliches Heilmittel, um auf besondere Gründe zurückgehende Arbeitslosigkeit in einzelnen Zweigen des Wirtschaftslebens zu beheben. Oft zeigt sich, daß hierzu Sondermaßnahmen notwendig sind, während sich eine allgemeine Senkung des Lohnniveaus nur

## Zum neuen Jahr

entbieten wir allen Verbandskollegen, Freunden und Mitarbeitern unserer Organisation die besten Glückwünsche.

Der Verbandsvorstand. Die Schriftleitung des „Maler“.

umsetzen würde in eine Senkung der Lebenshaltung, Senkung der Leistungsfähigkeit des Arbeiters, Störung der Märkte einerseits — und unrationellen Verbrauch, Zermürung der Wirtschaftlichkeit andererseits. Woraus der allgemeine Schluß gezogen werden mag: daß die Theorie des allgemeinen, einfach konstruierten Schemas einer idealen Wirtschaft nicht ohne weiteres auf die konkreten Umstände unserer europäischen Nachkriegszeit und ihre verwickelten Situationen übertragen werden darf.

### Aus unserm Beruf

**Jahrestelle Radeberg.** Die zur Filiale Dresden gehörige Jahrestelle Radeberg konnte am 17. November unter starker Beteiligung der Kollegenschaft ihr 25jähriges Bestehen feiern. Die Feier war von den Kollegen mit viel Liebe und Geschick vorbereitet worden und verlief schon äußerlich, daß unter den Radeberger Kollegen ein reger Geist herrscht. Die Darbietungen des Abends fanden viel Beifall. Unser Filialleiter, der Kollege Schulze, Dresden, gab in seiner Ansprache ein Bild der Entwicklung in der Jahrestelle. Obwohl gerade in Sachsen ein sehr reaktionäres Vereinsgesetz die Kollegenschaft an der Organisation hindern sollte, haben wir die ersten Anfänge der Gewerkschaften mit in Sachsen. Den sächsischen Kollegen war es aber erst im Jahre 1892 möglich, sich dem schon einige Jahre bestehenden Zentralverband anzuschließen. Die Gründung der Jahrestelle Radeberg erfolgte um die Wende des Jahres 1903 unter sehr schwierigen Verhältnissen. Es traten zunächst sechs Kollegen bei, von denen heute noch der Kollege Garbe vorhanden ist. Dieser war zur Feier geladen und ihm ein kleines Geschenk durch die Filiale überreicht. Aber über alle diese Schwierigkeiten konnten sich unsere Kollegen hinwegsetzen, und sie haben aus der Jahrestelle eine beachtenswerte Organisation geschaffen. Heute mußert Radeberg eine Mitgliederzahl von 135 Kollegen. Das war aber in erster Linie den Gründern für ihre Unererschrockenheit zu danken. Sie wurden zwar gemahregelt (Garbe), aber nachgegeben haben sie nicht, und eine solche Haltung mußte wohl unter den andern Kollegen Hochachtung geschaffen haben.

Kämpfe blieben auch in Radeberg nicht aus; bald mußte die Feuerprobe bestanden werden. Aber unsere Kollegen hatten Erfolg und haben dabei auch den Arbeitgebern zu erkennen gegeben, daß ein anderer Wind weht. Der Redner ging dann noch auf das Wirken der Organisation von heute ein und forderte alle Kollegen auf, mit dem gleichen Geist, der die Alten besetzt, der Organisation zu dienen, damit auch in Radeberg ein noch weiserer Aufstieg der Organisation gewährleistet ist.

In froher Stimmung blieben die Festteilnehmer noch einige Stunden zusammen. Dresden. Wiederum konnten in der Filiale Dresden 65 Kollegen geehrt werden, die eine Mitgliedschaft von 25 Jahren in diesem Jahre beenden. Da bereits in den vergangenen Jahren eine erhebliche Zahl solcher Jubilare vorhanden waren, ist dies ein erfreuliches Zeichen dafür, daß unter den Dresdener Kollegen schon jahrzehntelang ein guter gewerkschaftlicher Geist geherrscht hat.

So war denn auch die Feier, die mit unserm Herbstvergnügen verbunden war, von den Kollegen und ihren Familien stark besucht. Das in Dresden bestbekannte Fröhler-Orchester füllte den Hauptteil des Abends mit vorzüglich wiedergegebenen Konzertsücken bekannter Komponisten aus. Neben diesem trug der Sprechchor der Freien Gewerkschaftsjugend Dresden ein von Kampfeist durchglühtes Dichtwerk von Bruno Schönlanck vor. Die Wir-

kung war eine ausgezeichnete, und es dürfte allen Zuhörern die freudige Erkenntnis gebracht haben, daß unser gewerkschaftlicher Nachwuchs gesund ist und auch die Kraft aufbringen wird, das Befreiungswerk der Arbeiterschaft weiter zu fördern. Sprechchor und Orchester brachten dann gemeinsam die „Internationale“ zum Vortrag. Der Beifall bewies, daß der Kontakt zwischen alt und jung hergestellt war.

In einer kurzen Ansprache wies der Kollege Schulze auf die Bedeutung dieses Abends hin. Wenn wir Feste feiern, so sollen sie, wie auch solche Jubilarefeiern, Meilensteine auf unserm dornigen Wege des Kampfes sein. Was die Kollegen, die als Ehrengäste anwesend sind, gelehrt haben, auch wenn sie nicht in der vordersten Linie gestanden haben, ist wert, daß wir es mit Hochachtung und Anerkennung schätzen. Der Redner wies ferner auf das Alter und die Jugend hin, die gerade beide im Vordergrund des Abends stehen. Die Alten ehren wir, weil sie in seltener Treue trotz mancher Erschwernisse den Boden für die Organisation mit vorbereiten halfen, und die Jungen bewiesen durch Auftreten, daß in ihnen der feste Wille steckt zum Kampf für unsere Ziele. Er ging auf die Tätigkeit und die Erfolge der Gewerkschaften ein und zeigte der Jugend an Beispielen, wie es sein würde, wenn die Alten nicht in selbstloser Weise die Pioniere für die Jugend gewesen wären. Deswegen soll sich jeder Kollege angelegen sein lassen, alle seine Kraft zur Verfügung zu stellen, um die Gewerkschaft zu stärken und dadurch der Arbeiterschaft ein Leben als freie Menschen garantieren zu können. Nachdem allen Jubilaren ein Ehrendiplom überreicht war, begann der fröhliche Teil des Abends, der alle Teilnehmer noch einige Stunden zusammenhielt.

### Aus Unternehmerkreisen

Von den Verbandstagen unserer Unternehmer 1928.

Am 31. Mai tagte der Verbandstag des Bundes Norddeutschland in Danabück. Hier lag den Beratungen ein sehr umfangreicher schriftlicher Bericht des Herrn Frinke zugrunde, der einstimmig genehmigt wurde. Hierauf sprach der Präsident des Reichsbundes, Herr Kruse, über: „Die wirtschaftliche Lage im Malergewerbe“. Nach ihm sei diese in ungünstig gewesenen wie dieses Jahr. Es gäbe zuviel Arbeitgeber im Malergewerbe und diese hätten zu wenig Arbeit und zu wenig Verdienst. Große Zwangsinnungen meldeten einen Mitgliederzuwachs von 30 %, was wahrhaft erschreckend sei. Man erstrebe die Heraushebung des Alters der Meisterprüflinge. Mit Schwarzarbeit fange das Meisterwerden an. Eine Einschränkung der Lehrlingszahl müsse ernst erwogen werden. Hier drohten in wenig Jahren mindestens 20 000 Konkurrenten. Besonders behandelte er die bestehende Wohnungswirtschaft. Wäre diese rechtzeitig freigegeben worden, gäbe es keine Wohnungsnot mehr. Allerdings wären dann die Mieten und deshalb die Löhne gesunken; gleichzeitig aber auch die Beschäftigungsmöglichkeit für das Malergewerbe. Im übrigen behandelte der Vortragende die schon oben berührten Fragen.

Bemerkenswert war ein zum Haushaltsplan 1928/29 angenommener Antrag des Gauvorstandes, wonach für jeden Lehrling ein Jahresbeitrag von 1 M erhoben werden soll. Dieser seien die Lehrlinge mit in die Lohnsumme eingerechnet worden. Da aber jeder Anschein vermieden werden müsse, als sei die Lehrlingsentschädigung ein Lohn für die Arbeit der Lehrlinge, soll statt dessen der Lehrlingsbeitrag eingeführt werden. — Eine Wohlfahrtsvorlage des Vorstandes wurde, weil zur Zeit undurchführbar, zurückgezogen. — Frinke berichtete über die kunsthandwerklichen Bestrebungen, die heute, angesichts der Wandlungen des Stills, mit allem Nachdruck verfolgt werden müßten. Zu diesem Zwecke wurde ein Arbeitsausschuß eingesetzt, dem Ertliche Vertrauensleute beizugeordnet werden. — In Verbindung mit dem Verbandstage war eine Schulausstellung veranstaltet. Im Anschluß an die Sitzung des hierzu ernannten Preisgerichts hat eine Konferenz der Fachlehrer stattgefunden, der weitere folgen sollen.

Der bayrische Malertag hat am 9. September in Würzburg stattgefunden. Ihm ging unter anderem eine Obermeisterkonferenz voraus, die sich vor allem mit der Durchführung des § 11 (Schmutzkonkurrenz) in Verbindung mit dem § 2 Abs. 9 des RTV. (Gegenleistung der Gehilfen) beschäftigte. Man habe auf der einen Seite den gesetzlich garantierten Stundenlohn der Gehilfen, auf der andern Seite die durch mächtige Syndikate festgelegten Preise für Bleiweiß, Linoleum usw. Daneben aber die Schmutzkonkurrenz der Meister untereinander. Dieser Zustand müsse durch Anwendung des § 11 des RTV. auf Grund einer Normalstundenleistung der Gehilfen bekämpft werden, wie es in München mit der Gehilfenorganisation vereinbart sei.

Auf dem eigentlichen Malertag referierte Herr Prof. Racker über „Lehrlingsordnung, Gehilfen- und Meisterprüfungen“ an der Hand der bekannten Bestrebungen des Reichsbundes. Das zweite Referat über: „Die Bedeutung der Handwerkskammern für das Handwerk“ erstattete Herr Gmeinhardt, Nürnberg. Und ferner sprach Herr Jrl über den Entwurf eines Arbeitschutzgesetzes. — Am 10. September folgte die 26. Generalversammlung, die hauptsächlich interne Organisationsgeschäfte erledigte.

Der erst vor reichlich Jahresfrist gegründete Rhein-Mainische Maler- und Tischlermeisterverband hielt seine erste Hauptversammlung am 29. und 30. September in Bad Nauheim ab. Auch hier beschäftigte man sich nach einem Bericht in dem neuen Organ dieses Verbandes, durch das der immer neue Sproßlinge treibende Blätterwald unserer Arbeitgeber wiederum verbreitert wurde, mit den gleichen Fragen wie auf den übrigen Verbandstagen. Durch die Auflösung der Maler-Zwangsinnung Mainz habe der Verband einen empfindlichen finanziellen Schaden erlitten, der allerdings durch das Entgegenkommen des Reichsbundes zum Teil wieder beboben sei.

Auch die übrigen Tagungen der weiteren Bezirksbeziehungsweise Gauverbände des Reichsbundes boten ungefähr das gleiche Bild.

Der Bund deutscher Dekorationsmaler hielt seinen 11. Bundestag am 30. Mai in Bad Kleve ab. Nach einem offiziellen Bericht wurde hier nach der Entlastung des Hauptvorstandes eine engere Zusammenarbeit mit andern gleichstrebenden Vereinigungen angeregt und dem Vorstand zu den dazu notwendigen Verhandlungen generelle Vollmacht erteilt. Besonders eingehend befaßte man sich mit dem Problem „Schulen“. Den geistlichen Mittelpunkt der Verhandlungen habe der Vortrag des Herrn Prof. A. Ruppilin, Augsburg, über „Der Dekorationsmaler und die neuzeitliche Baubewegung“ gebildet. Nach dem Bericht hat ganz besonders Interesse die Bekanntgabe des Geschäftsberichts des Berliner sozialen Malerbetriebes erweckt, „der allen Anwesenden ein charakteristisches Bild von der „Arbeitsweise“ und dem „Erfolge“ derartiger Unternehmungen vermittelte“. Und was erregte das besondere Interesse der Herren, die sich einfinden die Edelsten und Besten des Malergewerbes nannten? Es sind die angeblich hohen Verkaufspreise der Berliner Malerhütte, weil die Herren scheinbar nicht wissen, daß der angeforderte Betrieb nur erstklassige Arbeit mit einwandfreiem Material liefert. So weit ist man also gekommen, daß die Betriebe mit den niedrigsten Preisen — unter denen dann auch die berühmten Schmuckkonkurrenten zu finden sind — gelobt, die Geschäfte aber, die Qualitätsarbeit leisten und nicht mit der Uebervorteilung der Auftraggeber spekulieren, angeprangert werden. (Es müßte doch mit dem Teufel zugehen, wenn das Malergewerbe nicht doch noch restlos auf den Hund käme.) Zum Schluß leistet man sich noch eine niedliche Denunziation beim zuständigen Finanzamt. Wahrhaftig, ein Zeichen der Zeit! — Wir sind unterrichtet, daß der Urheber dieses kleinlichen Rachefeldzuges sein dazu verfaßtes Pamphlet auch andern Malerzeitungen angeboten hat. Doch fand er nur beim B. d. M. und — auch nicht über — bei der „Mappe“ Verständnis: Diese wollte wohl einmal besonders deutlich beweisen, wie vortrefflich die „kulturellen Belange“ unseres Gewerbes bei ihr aufgehoben sind. St.

**Berufsunfälle**

Zitau. Einen bedauerlichen Berufsunfall erlitt unser Jungkollege, der erst 16jährige Malerlehrling Hans Döbler. Als er im Begriff war, Kalk aus einer Kalkgrube zu stechen, spritzte er ihm durch das Zusammenschütteln im Eimer ins Auge. Dieses wurde bedauerlicherweise so schwer beschädigt, daß es entfernt werden mußte. Möge dieser Fall zur Warnung dienen.

**Genossenschaftliches**

Praktische Wirtschaftshilfe der Konsumgenossenschaften. Es ist bekannt, daß bei der Riesenausperrung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, die nicht nur die betroffenen 250 000 Arbeiter mit ihren Familien schwer schädigte, sondern die ganze deutsche Volkswirtschaft zu erschüttern begann, die Konsumgenossenschaften des Ausperrungsgebietes eine großzügige Hilfsaktion aus eigenen Mitteln beschlossen hat. Natürlich für die Ausgesperrten — soweit es sich um Mitglieder der Konsumgenossenschaften handelte. Und zwar wurden auf Guthabe bis zur Hälfte der ausgesetzten Unterstützung ein besonderer Rabatt von 10 % neben der üblichen Rückvergütung von 5 % gewährt. D. h. also, daß über die Dauer der Ausperrung die ausgesperrten Mitglieder der rheinisch-westfälischen Konsumgenossenschaften ihre Warenbedürfnisse um 10 % billiger erhielten und nach dem Geschäftsabchluß weiter 5 % Rückvergütung bekommen, so daß ein effektiver Billigerkauf von 15 % gegenüber dem normalen Tagespreisen zu verzeichnen ist. Diese Leistung bedeutet zweifellos einen sehr namhaften Zuschuß zur Stärkung der Widerstandskraft der Ausgesperrten und sie zeigt vor allem, daß in der konsumgenossenschaftlichen Bewegung sozialwirtschaftliche Kräfte schlummern, die bei entscheidenden Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit von großer Bedeutung werden können.

Man darf natürlich nicht übersehen, daß diese Kräfte aus gesetzlichen Gründen und wirtschaftlichen Erwägungen nur für die Mitglieder der in Frage kommenden Konsumgenossenschaften in Anspruch genommen werden können und daß die regelmäßige und allgemeine Inanspruchnahme der Konsumgenossenschaften bei Gewerkschaftskämpfen ihre Aufgaben und Ziele schwer beeinträchtigen müßten. Gerade die Ausperrung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet und die Hilfsaktion der dortigen Konsumgenossenschaften gibt ein klassisches Beispiel dafür, in welchem Maße und in welchem Ausmaße eine konsumgenossenschaftliche Hilfsaktion berechtigt und möglich ist. Durch eine solche umfangreiche Ausperrung waren nämlich die Konsumgenossenschaften durch den plötzlichen Umsatzeinbruch selbst von einer schweren wirtschaftlichen Gefahr bedroht und sie hatten deshalb nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht ihren Mitgliedern beizustehen. Hat doch nach der grundsätzlichen Zweckbestimmung in § 1 des Genossenschaftsgesetzes jede Genossenschaft die Förderung der Wirtschaft ihrer Mitglieder im Programm, so daß die Hilfsaktion bei der Ausperrung durchaus im genossenschaftlichen Rahmen blieb und damit nur eine natürliche Aufgabe erfüllt wurde. Ungeheürlich und gefährlich wäre es gewesen, wenn die Konsumgenossenschaften des Ausperrungsbezirks oder gar andere Bezirke eine Hilfsaktion für die Ausgesperrten ganz allgemein eingeleitet hätten. Denn das Genossenschaftsgesetz sagt klar und deutlich im § 81, daß die Genossenschaft „andere als geschäftliche Zwecke“ nicht verfolgen darf — bei Androhung sofortiger Auflösung. Daraus ergibt sich alles weitere von selbst.

Eine weitere Voraussetzung für eine solche Hilfsaktion im Falle einer Ausperrung von Mitgliedern der Konsumgenossenschaften besteht in der soliden finanziellen und wirtschaftlichen Fundierung der Genossenschaft, ohne die eine

**FACHBLATT DER MALER**

**ZEITSCHRIFT ZUR FÖRDERUNG DER HANDWERKLICHEN WERTARBEIT IN FARBE, FORM UND RAUM**

Anregungen, Belehrungen in Wort und Bild. Fachtechnik, Materialkunde. Der sichere Weg zur künstlerischen Form in Farbe und Raum . . . .

Moralisch 1 Heft mit starkem Textteil u. 7 oder mehr farbige Tafeln. Illustrationen. Beilage mit Meinungsaustausch und fachtechnischen Mitteilungen

Bestellungen nehmen unsere Filialverwaltungen entgegen! . . . .

Aktion wie die der rheinisch-westfälischen Konsumgenossenschaften gar nicht denkbar ist. Und im übrigen hat ja die Hamburger „Produktion“, der sog. Gewerkschaftskonsumverein unter Führung des verstorbenen Gewerkschaftsführers v. Elm, in vorbildlicher Weise gezeigt, wie die konsumgenossenschaftliche Mitgliedschaft auch bei unvermeidlichen Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit am besten nutzbar gemacht werden kann. Die „Produktion“ hat einen sogenannten Notfonds eingerichtet, der aus den Rückvergütungen ihrer Mitglieder gebildet ist, und von ihnen nach Maßgabe wirtschaftlicher Notwendigkeiten verwendet werden kann. Einen solchen freiwilligen Notfonds kann sich jedes einer Konsumgenossenschaft angehörige Gewerkschaftsmitglied aus der jährlichen Rückvergütung anlegen und zu gegebener Zeit nach eigenem Gutdünken und Bedürfnis verwenden.

Woraus sich die Folgerung ergibt, daß Angestellte und Arbeiter ein starkes Wirtschaftsinteresse an leistungsfähigen Konsumgenossenschaften besitzen.

**Aus den Arbeitsgerichten**

Keine Bezahlung unzulässiger Ueberstunden?! Die Rechtsprechung derjenigen Arbeitsgerichte, die einen Anspruch auf Bezahlung für Ueberstunden verneinen, die über das gesetzlich zulässige Maß hinaus geleistet werden, kann nicht befriedigen. Befriedigung kann sie höchstens bei den Arbeitgebern auslösen. Die Arbeitsgerichte verkennen zunächst, daß es regelmäßig die wirtschaftliche Abhängigkeit des Arbeitnehmers vom Arbeitgeber war, die den Arbeiter veranlaßte, einem Begehren des Unternehmers auf Leistung unzulässiger Ueberstunden nachzugeben. Sodann aber auch ist eine rechtliche Grundlage für die Aberkennung des Anspruchs auf Lohn für Ueberstunden, die formalrechtlich vom Arbeiter nicht geleistet werden durften, schlechterdings nicht ersichtlich. Strafrechtlich ist dem Arbeiter die Leistung solcher Ueberstunden nicht verboten. Strafrechtlich getroffen werden soll vielmehr nur das Verlangen des Arbeitgebers nach Ueberstunden über das gesetzlich zulässige Maß. Da kann man aber nicht gut davon sprechen, daß die Anerkennung des Anspruchs auf Lohn für jene Ueberstunden einer „Unterstützung von Gesetzesübertretungen“ gleichkomme. Umgekehrt muß ja gerade die Aberkennung des Lohnanspruchs die Arbeitgeber anreizen zu solchen Gesetzesübertretungen.

Dieser Gedankengang bildet offenbar auch die Grundlage für eine erst jetzt amtlich bekannt gemachte grundsätzliche Entscheidung des Spruchsenats für die Arbeitslosenversicherung vom 18. Juli 1928 (Nr. 3291) zu der Frage, ob auch das Arbeitsentgelt eines Arbeitnehmers für unzulässige Ueberstunden der Bemessung der Arbeitslosenunterstützung zugrunde zu legen ist.

Der Spruchsenat hat die Frage bejaht mit folgender Begründung:

„Es kann . . . dahingestellt bleiben, ob ein Entgelt zugrunde zu legen ist, bei dessen Erwerb der Arbeitnehmer allein oder in Verbindung mit dem Arbeitgeber gegen die Strafgesetze verstößt, und ob in solchem Fall überhaupt Versicherungspflicht begründet ist. Denn wenn die gesetzliche Arbeitszeit unzulässig überschritten wird, ist auf Grund des § 11 der Verordnung über die Arbeitszeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. April 1927 (Reichsgesetzblatt 1 S. 110) nur der Arbeitgeber nicht der Arbeitnehmer strafbar. . . In einem solchen Fall, d. h. also, wenn nur der Arbeitgeber gegen das Strafgesetz verstößt, ist es, da die Arbeitslosenversicherung dem Versicherungsschutz des Arbeitnehmers dient, nicht gerechtfertigt, dem Arbeitnehmer diesen Versicherungsschutz zu versagen. Demgemäß ist auch das Arbeitsentgelt, das ein Arbeitnehmer durch unzulässige Ueberstunden verdient hat, bei der Bemessung der Arbeitslosenunterstützung zugrunde zu legen. . .“

Hiernach ist nicht anzunehmen, daß der Spruchsenat des Reichsarbeitsgerichts bezüglich der Bezahlung der unzulässigen Ueberstunden zu ungunsten der Versicherten entscheiden könnte.

**Vom Ausland**

Dänemark. In dem nun verflossenen Sommerhalbjahr war die Arbeitslosigkeit unserer Kollegen etwas geringer als beispielsweise im Sommer 1927. Da die gleiche Entwicklung sich auch in den andern Berufen vollzogen hat, dürfen wir hoffen, dass die langwierige und sehr drückende Krise im dänischen Wirtschaftsleben nunmehr endlich vorübergeht. Immerhin steht es nicht unbedingt fest, dass sich diese Hoffnung tatsächlich in kürzerer Zeit im vollen Maße erfüllt. Schon vor fünf Jahren glaubten wir, dass die Krise ihren Kulminationspunkt überschritten habe, doch wurden wir in hohem Grade enttäuscht. Damals wurde die Arbeitslosenunterstützung bedeutend erhöht, nämlich von 70 auf 100 Tage als Maximum pro Winterhalbjahr. Diese Unterstützung haben wir auch bis jetzt durchgeführt, obgleich die Arbeitslosigkeit fortwährend gestiegen ist. Namentlich die letzten drei Winter sind schlimm gewesen. Diese haben unserer Arbeitslosenkasse 2 1/2 Millionen Kronen gekostet, zu der die Kasse des Verbandes 208 500 Kronen beigetragen hat; ohne dies hätten wir unsere Verpflichtungen nicht erfüllen können. Dass uns der Verband nicht öfter in dieser Weise behilflich sein kann, ist leicht verständlich. Wir hatten deshalb also nur die Wahl zwischen einer Erhöhung der Beiträge für die Arbeitslosenkasse oder einer Ermässigung der Unterstützung. Das letztere ist jetzt durch eine Urabstimmung beschlossen worden, so dass das Maximum der Unterstützung wieder 70 Tage à 8 Kronen pro Winter beträgt, während die Unterstützung für Sonntage wegfällt.

Wir haben die Unterstützung in dem Umfange der letzten Jahre zu unserm Bedauern nicht aufrechterhalten können, zumal die Zuschüsse von Staat und Gemeinden stets verringert wurden, und die Möglichkeit, unsere Beiträge weiter zu erhöhen, nicht besteht. Hoffen wir, dass wir jetzt auf dem Wege zu normaleren Zeiten sind.

Schottland. Der schottische Malerverband zählte im Jahre 1927 im Durchschnitt 7000 Mitglieder. Der Kassenbestand betrug 11 062 £. Für Arbeitslosenunterstützung wurden insgesamt 48 038 £ ausgegeben, davon waren 37 618 £ Staatszuschuss.

Norwegen. Infolge Ablaufs der Tarifverträge im Baugewerbe forderte der Arbeitgeberverband eine Lohnherabsetzung von 17 bis 22 %. Auch die Malermeister schlossen sich dem an, und forderten eine Verschlechterung des obligatorischen Akkords und der Ferienordnung. Nach achtwöchigem Streik wurden diese Forderungen zurückgenommen und die Lohnfestsetzungen entsprechend den amtlichen Preiszielfern durch das Arbeitsgericht festgelegt.

**Fachtechnisches**

Ingenieur und Anstrich. Im Berliner Bezirksverein deutscher Ingenieure spricht am Mittwoch, 9. Januar 1928, in der Technischen Hochschule Charlottenburg, Saal 301, um 7.30 Uhr abends, Herr Dr. Hans Wolff, Berlin, über das Thema: „Neuere Fortschritte zum Schutz von Ingenieurzeugnissen durch Anstrich.“ Der Vortragende wird behandeln: Arten der Anstriche — Vorgänge beim Trocknen — Verhinderung von Korrosion durch Anstriche — Eigenschaften verschiedener Anstriche und deren Prüfung — Neuere Lackverfahren. Während vor nicht langer Zeit noch die Ingenieure, auch die Betriebsingenieure, den Standpunkt vertraten, daß es genüge, wenn sich die Meister und ausführenden Arbeiter mit den Fragen des Anstrichs befassen, nehmen sie sich seit einigen Jahren selbst in steigendem Maße dieses Zweiges der Technik an, um die wissenschaftlichen Grundlagen des Schutzes von Stein, Holz und Metall durch Anstrich zu klären. Die Beschäftigung der Ingenieure, nicht nur der Chemiker, mit diesen Aufgaben zeigt in wachsender Fülle wissenschaftliche Probleme, zu deren Lösung noch viel Laboratoriums- und Werkstattforschung notwendig sein wird.

**Literarisches**

„Das sozialistische Jahrhundert“. Monatschrift für Religion des Sozialismus und sozialistisch-ethische Kultur. Herausgegeben von Dr. Gustav Sölkman u. a. Verlag für sozialistische Lebenskultur, Hannover-Boitfeld. Preis vierteljährlich 60 H und 15 S Porto.

Das Leben auf der Erde. Von Professor Dr. Jul. Scharek. Urania-Verlags-Gesellschaft m. b. H., Jena. Preis 1,50 M. in Ganzleinen 2 M. Vorzugsausgabe 2,75 M. Das vorliegende, empfehlenswerte Buch ist die neueste Arbeit des jener Biologen Professor Dr. Jul. Scharek. „Das Leben auf der Erde.“ Sie bezieht auf die oft gestellte Frage „Was ist das Leben?“ die bestimmte Antwort zu geben: „Dieser Teil des Naturprozesses ist das Leben!“ Nachdem die Einzelart und Naturverbundenheit der Lebewesen gezeigt ist, werden Beispiele aus allen Gebieten des Lebens auf der Erde, von seinen Anfängen in der Frühgeschichte unseres Planeten bis zum Auftreten des Menschen beleuchtet. Entstehungsweise, Abminderung, Gestaltung und Ausbreitung des Lebens erfahren übersichtliche Darstellung, die durch zahlreiche Bilder, Zeichnungen und Naturaufnahmen illustriert werden. Das Buch ist die beste Einführung in die Lebens-Wissenschaft überhaupt, die aber das Gesamtgebiet orientiert und dem Studium der Einzelgebiete den ihnen zukommenden Platz anweist. Möge das wertvolle Werk einen arden Interessenkreis finden.

„Illustrierte Reichsbannerzeitung“. Verlag J. S. M. Dieß nachfolger, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Bezugspreis für die Nummer 25 H. Die belebende, wöchentlich erscheinende republikanische Zeitschrift verdient weiteste Verbreitung.

Vom 23. bis 29. Dezember ist die 52. Beitragswoche  
Vom 30. Dez. bis 6. Januar ist die 1. Beitragswoche

**Sterbetafel.**

Bremen. (Zahlstelle Vegesack.) Am 5. Dezember starb nach längerer Krankheit unser langjähriges Mitglied Robert Reibel im Alter von 68 Jahren. Ehre seinem Andenken!